

Armut und Armutsgefährdung in Österreich 2003

**Ursula Till-Tentschert
Nadja Lamei
Martin Bauer
Statistik Austria**

Armut in Österreich |

INHALTSVERZEICHNIS

	Einleitung	211
1.	Das Ausmaß von Armutsgefährdung in Österreich	212
2.	Entstehungszusammenhänge von Armutsgefährdung	216
2.1.	Erwerbsarbeit und Armutsgefährdung	216
2.2.	Familie und Lebensformen	220
2.3.	Staatliche Sozialleistungen	222
3.	Armut und soziale Ausgrenzung	226

Armut in Österreich |

Einleitung

Der diesjährige Bericht zu Armut in Österreich basiert auf der **neuen Erhebung EU-SILC¹** (Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen). Der aktuelle Beitrag setzt die bisherige Berichterstattung fort, die letztmalig 2001 auf dem Europäischen Haushaltspanel (ECHP) beruhte. EU-SILC wird europaweit durchgeführt² und ist die zentrale Grundlage zur Erhebung der vom Europäischen Rat verabschiedeten Indikatoren zur Messung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Diese Indikatoren sollen es den Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission ermöglichen, die Fortschritte bei der Erreichung des vom Europäischen Rat von Lissabon gesteckten Zieles zu messen, bis 2010 bei der Bekämpfung von Armut deutlich weiterzukommen und das Verständnis von Armut und sozialer Ausgrenzung im europäischen Rahmen zu verbessern, sowie den Erfahrungsaustausch zwischen den Mitgliedsländern zu fördern. In Österreich wurde EU-SILC erstmals 2003 von Statistik Austria durchgeführt. Die in dieser Erhebung gewonnenen Daten werden in diesem Bericht für die Analyse von Einkommen, Risiken und sozialer Lage österreichischer Haushalte genutzt.

Im **ersten Kapitel** wird die bisherige Berichterstattung zur Armutsgefährdung fortgeführt. Die Methodik folgt weitgehend den Konventionen der EU-Berichterstattung. Häufigkeit und Intensität der Armutsgefährdung in Österreich 2003 werden analysiert und der Vorgängererhebung, dem ECHP, und Entwicklungen in anderen europäischen Ländern gegenübergestellt.

Im **zweiten Kapitel werden Entstehungszusammenhänge von Armutsgefährdung untersucht**. Dabei wird insbesondere die Rolle der zentralen gesellschaftlichen Instanzen zur Sicherung von Teilhabechancen, Erwerbsarbeit, Familie bzw. Haushaltsstruktur und Sozialstaat, untersucht. Der Grad der Einbindung in den Arbeitsmarkt und die Zusammensetzung der Haushalte bestimmen die ökonomische Situation von Haushalten grundlegend. Wie staatliche Leistungen verteilt sind, nimmt ebenfalls einen entscheidenden Einfluss auf die

Lebenschancen. Für bestimmte, insbesondere die einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen haben Sozialleistungen eine besonders große Bedeutung.

Armutsgefährdung wird über Einkommen definiert. Menschen mit weniger als 60% des Medianeinkommens werden als armutsgefährdet bezeichnet. Damit ist nur ein Teilaspekt der Armutserfahrung erfassbar. Ausgabenseitige Belastungen, individuelle Lebenslagen und Kostenstrukturen (wie z.B. Eigenheim oder Mietwohnung) werden dabei nicht berücksichtigt. Die vorliegende Analyse stützt sich ausnahmslos auf die Befragung EU-SILC, die Einkommen in österreichischen Privathaushalten erhebt. Personen in Heimen, Krankenhäusern und anderen Anstaltshaushalten und wohnungslose Menschen sind in dieser Erhebung nicht enthalten. Deren Armutsrisiko ist demnach hier nicht einbezogen.³ Die Armutsgefährdung (vgl. ECHP 1994-2000) ist in den letzten Jahren leicht zurückgegangen. Das kann mehrere Ursachen haben. Randgruppen sind zwar schwer erfassbar, aber es ist auch zu bedenken, dass Änderungen in den Ausgaben und Kostenstrukturen einen ressourcenzentrierten Ansatz nicht berühren. Jede Erhöhung bei den Ausgaben belastet untere Einkommenshaushalte überproportional bei gleich bleibenden Ressourcen. Armutsgefährdung definiert über eine relative Einkommensschwelle kann solche armutsrelevanten Entwicklungen nicht abbilden.

Daher werden im **abschließenden Teil Lebenslagen, die über ein einkommenszentriertes Armutskonzept hinausgehen, dargestellt**. Nicht alle, die über geringe Einkommen verfügen, sind gleichzeitig in ihrer Lebensführung, Ausstattung, Gesundheit etc. schlechter gestellt, denn erst, wenn das niedrige Einkommen länger andauert, werden auch derartige Benachteiligungen wahrscheinlicher. Andererseits können auch Menschen mit höherem Einkommen aufgrund unterschiedlicher Bedürfnisse und Kostenstrukturen von mangelnder Teilhabe in zentralen gesellschaftlichen Bereichen betroffen sein. Treffen zwei Dimensionen sozialer Ausgrenzung – Einkommensarmut und Deprivation in nicht-monetären Bereichen – zusammen, sprechen wir von Armut.

¹ Statistics on Income and Living Conditions

² EU-SILC wurde 2003 in Österreich und 6 weiteren Ländern durchgeführt. Ab 2005 soll EU-SILC in allen 25 EU-Mitgliedstaaten durchgeführt werden.

³ Für bestimmte Haushalte mit erhöhtem Armutsrisiko ist weiters eine Untererfassung anzunehmen. Das betrifft unter anderem ausländische Haushalte (aufgrund hoher Wohnungsmobilität), Haushalte mit Sozialhilfebezug und Menschen, die aufgrund physischer oder psychischer Probleme nicht auskunftsfähig sind.

Armut in Österreich |

1. Das Ausmaß von Armutsgefährdung in Österreich

Wer gilt als armutsgefährdet?

In den letzten Jahren wurden auf EU-Ebene methodische Standards für die nationale und EU-Berichterstattung zur Erfassung von Armut etabliert. **Armutsgefährdung wird in diesem Sinne relativ zum mittleren Einkommen der Bevölkerung im jeweiligen Mitgliedsstaat verstanden** – d.h. es wird konzeptuell darauf Rücksicht genommen, dass sich der Wohlstand einer Gesellschaft ändert und Armut die mangelnde Möglichkeit zur Teilhabe am jeweiligen Entwicklungsstand der Gesellschaft bedeutet. Hierin liegt freilich auch ein methodisches Problem: Ab welchem Einkommen sind diese Teilhabechancen deutlich reduziert, wo ist die Schwelle, ab der jemand als armutsgefährdet gilt, anzusetzen? Für eine EU-weite und vergleichbare Berichterstattung zu Armut und sozialer Ausgrenzung wurden 60% des Medianeinkommens als kritischer Wert festgelegt.⁴ Das bedeutet für Österreich eine **Armutsgefährdung bei einem gewichteten Jahreseinkommen⁵ unter EUR 9.425**. Das entspricht einem Monatseinkommen von EUR 785 (12-mal).

Fasst man den Begriff der Armutsgefährdung enger und nimmt 50% des Medianeinkommens als Schwellenwert, wäre ein Einpersonenhaushalt mit weniger als EUR 655 pro Monat armutsgefährdet. Von dieser „erhöhten“ Armutsgefährdung sind 7% der österreichischen Bevölkerung betroffen. Geht man dagegen von 70% des Medianeinkommens als Schwellenwert aus – das entspricht EUR 916 monatlich – würde bereits jeder Fünfte als armutsgefährdet gelten.

Weder die Armutsgefährdungsschwelle noch die Armutsgefährdungsquote sagen etwas darüber aus, in welchem Ausmaß Menschen von Einkommensarmut betroffen sind. **Ein Maß für die Intensität der Armutsgefährdung ist die Armutsgefährdungslücke.**⁶ Armutsgefährdete Haushalte haben ein um rund 20% geringeres mittleres Einkommen als der Schwellenwert; sprich, sie haben um ein Fünftel weniger Einkommen zur Verfügung, als sie benötigen würden, um als nicht armutsgefährdet zu gelten.

Um die Vergleichbarkeit von Haushalten unterschiedlicher Größe zur gewährleisten, werden diese **mit der EU-Skala gewichtet**. Dabei erhält der erste Erwachsene ein Gewicht von 1, jede weitere Person ab 14 Jahren ein Gewicht von 0,5 und Kinder unter

Unterschiedliche Schwellen der Armutsgefährdung 2003

Armutsgefährdungsschwellen	Jahres-/Monatswert* (in Euro)		Armutsgefährdungsquote in %	Armutsgefährdungslücke in %
„erhöhte“ Armutsgefährdung, 50 %	7.854	655	7	22
Armutsgefährdung, 60 %	9.425	785	13	20
„leichte“ Armutsgefährdung, 70 %	10.996	916	20	21

*entspricht 1/12 des Jahreswertes

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2003

Armutsgefährdungsschwelle 60% des Medians für unterschiedliche Haushaltstypen

Haushaltstyp	Jahreswert* (in Euro)	Monatswert* (in Euro)
Einpersonenhaushalt	9.425	785
1 Erwachsener und 1 Kind	12.252	1.021
2 Erwachsene	14.137	1.178
2 Erwachsene und 1 Kind	16.965	1.414
2 Erwachsene und 2 Kinder	19.792	1.649
2 Erwachsene und 3 Kinder	22.620	1.885

*entspricht 1/12 des Jahreswertes

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2003

⁴ Beschluss des Europäischen Rates von Laeken, Dezember 2001.

⁵ Standardisiert für einen Einpersonenhaushalt.

⁶ Die Armutsgefährdungslücke ist die Differenz zwischen dem Durchschnittseinkommen der Armutsgefährdeten und der Armutsgefährdungsschwelle, in Prozent dieser Schwelle.

14 Jahren ein Gewicht von 0,3. So ist beispielsweise der Einkommensbedarf von einem Haushalt, der sich aus 2 Erwachsenen und einem Kind (unter 14 Jahren) zusammensetzt, 1,8-mal größer als der eines Einpersonenhaushalts. Statt über mindestens EUR 785 muss dieser Haushalt also über EUR 1.410 monatlich verfügen, um als nicht armutsgefährdet zu gelten.

Diese **Armutsgefährdungsschwelle** ist ein in der EU-Berichterstattung festgelegtes und international vergleichbares Maß (LAEKEN Indikator). Erwiesenermaßen ist die Armutsgefährdungsschwelle **ein guter Richtwert für niedriges Einkommen**. Sie kann aber nicht als absolutes Maß für Armut oder als empirischer Richtwert zur notwendigen Mindestsicherung in einer Gesellschaft herangezogen werden. Armut und soziale Ausgrenzung können aus einer Vielfalt von benachteiligten Lebenslagen heraus entstehen und sind damit durch einen einzelnen Indikator, beruhend auf einem normativ festgesetzten Richtwert nicht beschreibbar. Daher werden Personen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle immer nur als gefährdet oder dem Risiko von Armut ausgesetzt bezeichnet.

Armutsgefährdung bestimmter Bevölkerungsgruppen

Insgesamt fallen **1.044.000 Personen in Österreich unter** die Armutsgefährdungsschwelle **von 60% des Medianeinkommens**. Das sind 13,2% der Gesamtbevölkerung. Ihr verfügbares Einkommen liegt im Durch-

schnitt um fast ein Fünftel unter der Armutsgefährdungsschwelle. 571.000 Frauen und 473.000 Männer sind armutsgefährdet, wobei Frauen mit 14,0% stärker betroffen sind als Männer (12,3%); jedoch ist ihre Armutsgefährdungslücke leicht unter- und die der armutsgefährdeten Männer leicht überdurchschnittlich.

Gegliedert nach Altersgruppen haben jüngere und ältere Personen ein höheres Armutsrisiko (14,7% bzw. 16,4%). Personen im mittleren Erwachsenenalter und damit im erwerbsfähigen Alter sind in geringerem Ausmaß armutsgefährdet (11,6%).

Es besteht ein gewisser Zusammenhang zwischen der Sozialstruktur am Wohnort und der Armutsgefährdungsquote. **Überdurchschnittliche Armutsgefährdung gibt es in den Ballungszentren Österreichs** – in der Bundeshauptstadt Wien und den Landeshauptstädten Graz, Linz, Salzburg und Innsbruck. Die überdurchschnittliche Armutsgefährdungsquote von fast 15% für Wien ist unter anderem mit einem doppelt so hohen Ausländeranteil als bundesweit sowie einem höheren Anteil von Arbeitslosen und alleinstehenden Frauen erklärbar. In Städten mittlerer Größe (zwischen 10.000 und 100.000 Einwohnern) ist mit 11,6% Armutsgefährdung die räumlich geringste Armutskonzentration festzustellen. Mehr als die Hälfte aller Armutsgefährdeten in Österreich (597.000 Menschen) lebt im ländlichen Bereich. Gemessen an der Gesamtbevölkerung verbleibt die Armutsgefährdung mit 13% knapp unter dem Durchschnitt.

Armutsgefährdung 2003 nach Geschlecht, Alter, Region

	Armutsgefährdete (in 1.000)	Armutsgefährdungsquote in %
Insgesamt	1.044	13,2
Geschlecht		
Männer	473	12,3
Frauen	571	14,0
Alter		
Kinder und Jugendliche (bis 19 Jahre)	278	14,7
Erwachsene (20 bis 64 Jahre)	568	11,8
Senior/innen (+65 Jahre)	198	16,4
Region		
Wien	231	14,9
andere Großstädte (>100.000)*	80	13,3
Städte mittlerer Größe (>10.000)	137	11,6
ländlicher Bereich (<10.000)	597	13,0

*Graz, Linz, Salzburg, Innsbruck

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2003

Armut in Österreich |

Entwicklung der Armutsgefährdung in Österreich

Bisher war das Europäische Haushaltspanel Grundlage für die Armutsberichterstattung im Sozialbericht. Diese Erhebung wurde in Österreich von 1995 bis 2001 durchgeführt. 2003 wurde das ECHP von der neuen Erhebung EU-SILC abgelöst. Bei der Betrachtung des Entwicklungstrends von Armutsgefährdung sind daher eventuelle methodische Effekte bedingt durch die neue Erhebung zu beachten.

In jeder Erhebung wird immer eine (zufällig) ausgewählte Bevölkerungsgruppe befragt, die sich in der demografischen Zusammensetzung und natürlich im Einkommen unterscheidet. **Bei einem Vergleich** von zwei unterschiedlichen Befragungen wie beim **ECHP und EU-SILC** muss daher von gewissen **Zufallsschwankungen in den Ergebnissen** ausgegangen werden.

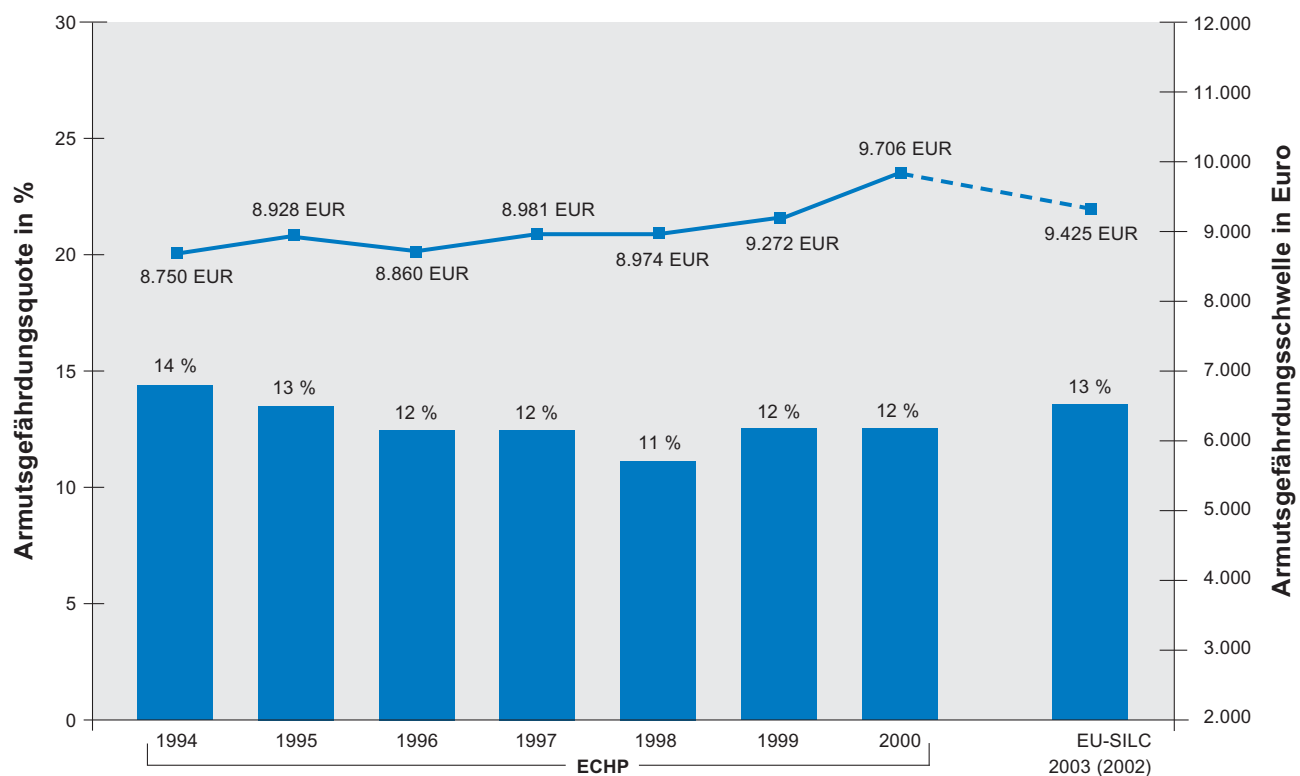
Besonders in den ersten Jahren einer **Längsschnitterhebung** (es wurden beim ECHP immer die gleichen Personen befragt) findet ein **selektiver Ausfall von armutsgefährdeten Gruppen** wie Migrant/innen, Niedrigeinkommenshaushalten und Haushalten mit Zahlungsschwierigkeiten statt, der zu einer Abnahme der Armutsgefährdung führen kann (vgl. Till 2001).

Daher kann durch die Befragung einer neuen und größeren Bevölkerungsgruppe von einer besseren Repräsentativität und Erfassung von Niedrigeinkommenshaushalten ausgegangen werden.

Die Zeitreihe in einem direkten Vergleich mit dem Europäischen Haushaltspanel zeigt nach **anfänglichen 14% Armutsgefährdung im Jahr 1994** und **13% im Folgejahr** eine Stagnation auf dem Niveau von **12% in den Jahren 1997 bis 2000**. Die aktuellste Erhebung mit EU-SILC 2003 (Einkommenszeitraum 2002) weist nun wieder einen Anstieg der Armutsgefährdung in Österreich auf 13,2% aus. Im Vergleich der Armutsgefährdungsschwellen (60% des Medianeinkommens) steht einem steten Anstieg des mittleren Einkommens und damit auch der Armutsgefährdungsschwelle ein geringeres Einkommen in EU-SILC 2003 entgegen.

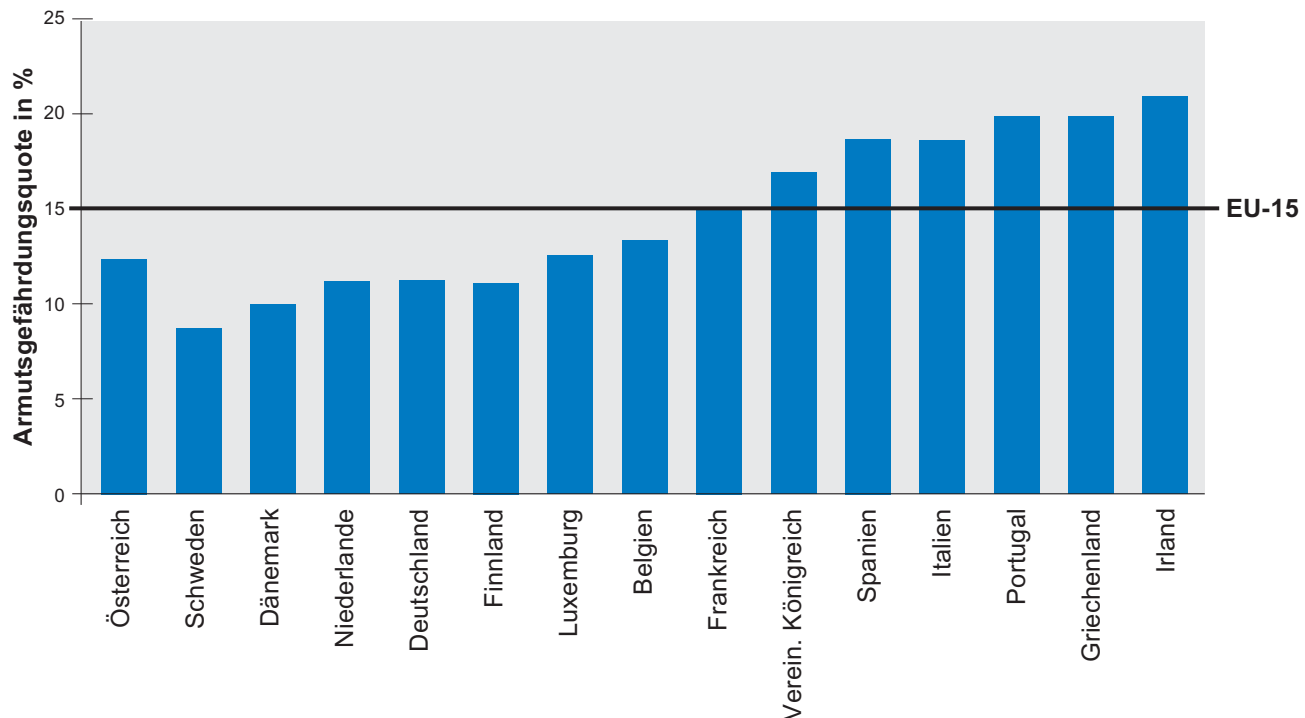
Ein **direkter Vergleich zwischen ECHP und EU-SILC** ist allerdings vorsichtig zu interpretieren. Der **Anstieg kann nun einerseits methodisch begründet werden**: Eine bessere Erfassung von Niedrigeinkommenshaushalten in EU-SILC gegenüber der letzten Welle des ECHPs und eine zufällige Schwankung kann das geringere mittlere Einkommen und eine höhere Armutsgefährdungsquote erklären.

Armutsgefährdungsquoten 1994 bis 2003



Quelle: IFS, ECHP Tabellenbände: Zeitreihen Welle 1-5, Welle 1-7, Statistik Austria, EU-SILC 2003

Armutsgefährdungsquoten im EU-Vergleich 2001



Quelle: EU-Strukturindikatoren

Allerdings können **steigende Arbeitslosenzahlen** seit 2000 und der Anstieg von Sozialhilfebezieher/innen (vgl. Pratscher 2004) ein Hinweis auf eine mögliche Zunahme von Armutsgefährdung und Einkommensverlust für die unteren Einkommensschichten in Österreich sein.

Eine umfassende Bewertung des tatsächlichen Ausmaßes aktueller Armutsgefährdung muss einerseits im Längsschnitt erfolgen, andererseits sind ergänzende und vergleichbare Administrativdaten zu Sozialhilfe, Wohnungslosigkeit und Arbeitslosigkeit für die Armutsberichterstattung unerlässlich.

Die Position Österreichs im EU-Vergleich

Im EU-Vergleich ist die **Armutsgefährdung in Österreich** relativ niedrig. In Österreich lag die Armutsgefährdungsquote im Jahr 2001⁷ bei 12%, und damit um **3 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt aller EU-15-Länder (15%)**. In sieben weiteren Ländern waren unter dem EU-15-Durchschnitt liegende Armutsgefährdungsquoten zu verzeichnen, am niedrigsten war die Armutsgefährdungsquote in Schweden (9%) und

Dänemark (10%). Überdurchschnittliche Armutsgefährdungsquoten gab es in sechs Ländern, die höchsten in Griechenland und Portugal (20%) sowie in Irland (21%).

Die Armutsgefährdungsquote blieb im Zeitverlauf relativ konstant. In den letztverfügbaren vier Jahren (1998 bis 2001) betrug die Armutsgefährdungsquote im EU-15-Durchschnitt immer 15 %, in keinem der Länder gab es Veränderungen um mehr als 2 Prozentpunkte. Die Armutsgefährdungsquote Österreichs lag in allen Jahren unter dem EU-15-Durchschnitt.

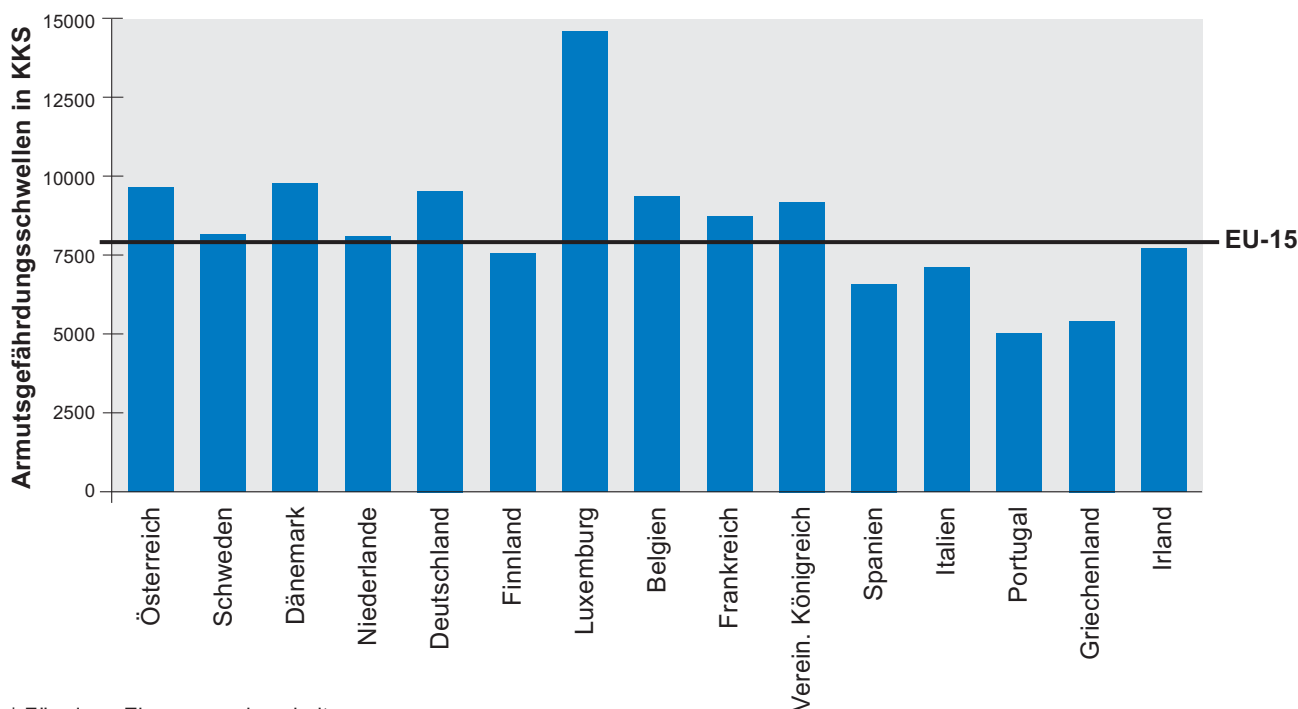
Die **Armutsgefährdungsschwelle** (siehe Grafik nächste Seite) wird relativ zum mittleren Einkommen der Bevölkerung in den einzelnen Ländern festgelegt. Daher sind die Armutsgefährdungsschwellen unterschiedlich hoch. Um Preisniveau-unterschiede auszuschalten, werden die Schwellen in **Kaufkraftstandards**⁸ (KKS) ausgewiesen. Die Armutsgefährdungsschwellen für einen Einpersonenhaushalt reichen von 4.967 KKS in Portugal bis 14.376 KKS in Luxemburg, der **EU-15-Durchschnitt** liegt bei **8.253 KKS**. Der Wert für Österreich liegt bei **9.568 KKS**.

⁷ Die Position Österreichs im EU-Vergleich kann nur für 2001 (und frühere Jahre) beschrieben werden, da sich die letztverfügbaren EU-weiten Zahlen auf das Jahr 2001 beziehen.

⁸ Mit 1 KKS kann man in jedem Land einen vergleichbaren Korb von Waren und Dienstleistungen erwerben. Zum leichteren Verständnis werden sie auf EU-Ebene skaliert, daher kann man sich die KKS als Euro in realen Werten vorstellen.

Armut in Österreich |

Armutgefährdungsschwellen im EU-Vergleich 2001*



* Für einen Einpersonenhaushalt

Quelle: Statistical Annex to the Draft Joint Inclusion Report 2003

2. Entstehungszusammenhänge von Armutgefährdung

Im Blickpunkt des folgenden Abschnitts stehen Problem- und Bedarfslagen von Bevölkerungsgruppen und der Entstehungszusammenhang von Armutgefährdung in Hinblick auf die zentralen sozialen Sicherungsinstanzen: Erwerbsarbeit, Sozialleistungen und Familie. Der Wandel von Erwerbsarbeit und Lebensformen (vor allem Familien) kann zur Entstehung neuer Risikolagen und Bedürfnisse führen. Sozialstaatliche Maßnahmen sind gefordert, diesem Wandel zu begegnen.

2.1. Erwerbsarbeit und Armutgefährdung

Im letzten Sozialbericht wurde ausführlich die Rolle der Erwerbstätigkeit bei der Entstehung von Armutgefährdung diskutiert. Bezahlte Erwerbsarbeit ist demnach ein guter Schutz vor Armutgefährdung und Armut, wobei das nicht nur für die Erwerbstätigen gilt, sondern auch für deren Haushaltsangehörige. In diesem Abschnitt werden sowohl jene Gruppen, die Zugangsbeschränkungen zum Arbeitsmarkt unterliegen, als auch unter-

schiedliche soziale Positionen am Arbeitsmarkt haben, nach ihrem Armutsrisiko analysiert.

Bei Erwerbstätigen bleibt die Armutgefährdung mit 8% deutlich unter dem Wert für die Gesamtbevölkerung, während nicht im Erwerbsleben stehende Personengruppen allesamt mit überdurchschnittlicher Armutgefährdung konfrontiert sind.

Da das Konzept der Armutgefährdung die Einkommenssituation eines gesamten Haushalts zur Grundlage hat, ist die Erwerbssituation aller Haushaltsmitglieder im erwerbsfähigen Alter von Interesse. Sowohl die Zahl der erwerbstätigen Personen im Haushalt als auch deren Beschäftigungskontinuität, hat einen entscheidenden Einfluss auf das finanzielle Wohlergehen. **In Haushalten mit maximaler Erwerbsintensität – alle Personen zwischen 20 und 64 Jahren sind durchgehend erwerbstätig⁹ – ist das Armutsrisiko um mehr als die Hälfte geringer als im Durchschnitt (6%).** Allerdings leben in diesen Haushalten mit durchgängiger Erwerbstätigkeit aller Personen im Erwerbsalter dennoch beinahe ein Viertel aller Armutgefährdeten (235.000).

⁹ Beim Indikator Erwerbsintensität wird die Dauer der Erwerbstätigkeit aller Haushaltsmitglieder während eines Jahres gemessen. Dabei bleibt aber außer acht, ob es sich um Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigung handelt. Die tatsächlich gearbeiteten Monate eines Haushaltes werden durch die maximal möglichen Monate eines Haushaltes dividiert. Die maximal möglichen Monate errechnen sich aus 12 Monaten mal der Anzahl von Personen im erwerbsfähigen Alter.

Bei nur teilweiser Erwerbstätigkeit verdreifacht sich das Risiko auf 18%. In Haushalten, in denen keine Person im Erwerbsalter erwerbstätig ist, sind 28% der Personen armutsgefährdet.

Arbeitslosigkeit verstärkt das Armutsgefährdungsrisiko eines Haushaltes deutlich, wobei mit zunehmender Dauer das Risiko zunimmt: Kann die Arbeitslosigkeit nach weniger als 6 Monaten wieder beendet werden, ist das Risiko um ein Fünftel erhöht (16% Armutsgefährdung). **Haushalte mit langzeitarbeitslosen Mitgliedern** (ab 12 Monate Arbeitslosigkeit) haben hingegen mit **36% ein fast dreimal so hohes Risiko in die Armut zu geraten**.

Eine geringere Einbindung in den Arbeitsmarkt und damit verbundene Einkommensnachteile haben Menschen mit Betreuungspflichten und gesundheitlichen Einschränkungen. Mit einer Beschäftigungsquote der 20- bis 64-Jährigen von 52% ist die Arbeitsmarktpartizipation in Haushalten mit Behinderten recht gering. **Umso bemerkenswerter ist, dass das Armutsrisiko in Haushalten mit Behinderten, wenn sie eine Sozialleistung zum Ausgleich des erhöhten Pflegebedarfs beziehen, auf 13% abgesenkt werden kann.** Haushalte mit einer behinderten Person ohne den

Bezug von Pflegegeld oder erhöhter Familienbeihilfe sind dagegen mit 20% Armutsgefährdung einem deutlich größeren Risiko ausgesetzt, in finanzielle Not zu geraten. Diese Gruppe ist auch deutlich größer. **Ein Viertel der Armutsgefährdeten** (236.000) lebt demnach **in einem Haushalt**, in dem zumindest eine Person eine starke Beeinträchtigung durch eine **körperliche Behinderung** berichtet.

Das Problem mangelnder externer Kinderbetreuung verdeutlicht eine Analyse nach dem jüngsten Kind. **Haushalte mit kleinen Kindern haben ein überdurchschnittliches Armutsrisiko (17%)**, wobei bis zum 7. Lebensjahr des jüngsten Kindes die Armutsgefährdung konstant hoch bleibt. Erst wenn das jüngste Kind im Haushalt 7 Jahre alt ist, kann ein deutlicher Rückgang des Armutsrisikos verzeichnet werden. Obwohl prinzipiell die Beschäftigungsquote in Haushalten, in denen das jüngste Kind zumindest 7 Jahre alt ist, mit 75% nur etwas höher ist als in Haushalten, in denen das jüngste Kind höchstens 6 Jahre alt ist (71%), ist die Art der Einbindung in den Arbeitsmarkt – vor allem für die Frauen – eine ganz andere: In Haushalten, in denen das jüngste Kind bereits schulpflichtig ist, gehen knapp 44% der Frauen im Erwerbsalter einer Teilzeitbeschäftigung nach, demgegenüber ist die

Armutsgefährdung durch mangelnde Einbindung in den Arbeitsmarkt

	Armutsgefährdete (in 1.000)	Armutsgefährdungsquote in %	Beschäftigungsquote in % ¹⁾
Erwerbsintensität³⁾			
keine Erwerbstätigkeit ⁴⁾	207	28	– ²⁾
teilweise Erwerbstätigkeit	421	18	– ²⁾
volle Erwerbstätigkeit	235	6	– ²⁾
Haushalte mit...			
...Langzeitarbeitslosigkeit (ab 12 Monate)	96	36	41
...Kurzeitarbeitslosigkeit (bis 6 Monate)	101	16	72
Haushalte mit...			
...Behinderung ⁵⁾ und Leistungsbezug ⁶⁾	34	13	44
...Behinderung ohne Leistungsbezug	236	20	52
Haushalte mit...			
...jüngstem Kind bis 6 Jahre	326	17	71
...jüngstem Kind ab 7 Jahre	399	12	75
Gesamt	1.044	13	69

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2003

¹⁾ Beschäftigungsquote: aktueller Anteil der Erwerbstätigen im Erwerbsalter (20 bis 64 Jahren) an Personen im Erwerbsalter.

²⁾ Die Beschäftigungsquote wird nicht ausgewiesen, da ein unterschiedlicher Definitionszeitraum besteht (letzten 12 Monate versus aktueller Beschäftigung).

³⁾ Erwerbsintensität von Personen im Erwerbsalter (20 bis 64 Jahren) nach erwerbstätigen Monaten

⁴⁾ Keine Erwerbstätigkeit: nur Haushalte mit Personen im erwerbsfähigen Alter.

⁵⁾ Behinderung: subjektiv wahrgenommene starke Beeinträchtigung.

⁶⁾ Leistungsbezug: hier der Bezug von Pflegegeld oder erhöhter Familienbeihilfe wegen Behinderung.

Armut in Österreich |

Teilzeitquote der Frauen in Haushalten mit Kindern bis 6 Jahren deutlich höher – sie beträgt 57%. Die geringere Einbindung von Müttern mit kleinen Kindern in den Arbeitsmarkt spiegelt sich in der überdurchschnittlichen Armutsgefährdung wider.

Die Analyse unterstreicht die zentrale Bedeutung der Erwerbsarbeit für die Existenzsicherung – wobei nicht nur die individuellen Chancen am Arbeitsmarkt, sondern auch der Haushaltskontext eine wichtige Rolle spielen. Nicht zu vernachlässigen sind jene 235.000 armutsgefährdeten Personen in Haushalten mit voller Erwerbsintensität. Daher muss man relativierend ergänzen: Erwerbsarbeit ist ein wirksamer Schutz vor Einkommensarmut, allerdings gibt es benachteiligte Gruppen auf dem Arbeitsmarkt, die einem überproportionalen Armutsrisiko ausgesetzt sind.

Bereits die Ausübung einer Hilfsarbeit senkt das Armutsrisiko (12%) unter den Durchschnitt der Gesamtbevölkerung. Jedoch in Relation zur Erwerbsbevölkerung wird erst ab einer Qualifikation als Facharbeiter/in (7% Armutsgefährdung) das Risiko in Armut zu geraten kontinuierlich abgesenkt. **Personen in höherer Tätigkeit tragen mit 3% nur mehr etwa ein Viertel des Armutsrisikos.**

In Haushalten mit Teilzeitbeschäftigung liegt die **Armutsgefährdung (9%) unter dem Durchschnitt**. Das kann damit erklärt werden, dass Teilzeitbeschäftigungen zumeist von Frauen ausgeübt werden und damit als Zuverdienst zum männlichen Haupteinkommen dienen.

Stark negativ macht sich mit einer **Armutsgefährdung von 17%** eine **Unregelmäßigkeit der Beschäftigung** im Einkommen bemerkbar. Beschäftigungen, die weniger als 12 Monate im Jahr andauern, und Arbeitsverhältnisse mit reduziertem sozial- und arbeitsrechtlichen Schutz (freie Dienst- oder Werkverträge) sind im überdurchschnittlichen Ausmaß mit Haushaltseinkommen unter den Armutsgefährdungsschwellen verbunden. Dabei tritt die Benachteiligung oft in zweifacher Weise auf: Einerseits durch die verringerte Jahresarbeitszeit, andererseits sind diese Beschäftigungsverhältnisse zusätzlich noch verhältnismäßig schlechter entlohnt als unbefristete Vollzeitstellen¹⁰. In Anbetracht der strukturellen Veränderungen des Arbeitsmarktes, weg von „Normalarbeitsverhältnissen“ hin zu weniger stark reglementierten, sozialversicherungslosen und diskontinuierlichen Beschäftigungen¹¹, werden immer mehr Menschen in Zukunft von derartigen prekären Arbeitsverhältnissen abhängig und dies **kann das Risiko steigern, zumindest zeitweilig unter die Einkommensgefährdungs-**

Armutsgefährdung und die Position auf dem Arbeitsmarkt

	Armutsgefährdungsquote in %	relatives Risiko ¹⁾
Stellung im Beruf²⁾		
Nicht erwerbstätig	19	1,7
Hilfsarbeit	12	1,1
Facharbeit	7	0,6
Mittlere Tätigkeit	5	0,4
Höhere Tätigkeit	3	0,3
Hochqualifizierte Tätigkeit	3	0,3
Beschäftigungsausmaß		
Teilzeit (bis 35 Stunden)	9	0,7
Vollzeit (ab 35 Stunden)	8	0,7
Unregelmäßig beschäftigt³⁾	17	1,5
Gesamtbevölkerung im Erwerbsalter⁴⁾	12	1,0

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2003

¹⁾ Relatives Risiko: im Vergleich zur Gesamtbevölkerung im Erwerbsalter.

²⁾ Stellung im Beruf: nur unselbstständig Erwerbstätige.

³⁾ Unregelmäßig beschäftigt: weniger als 12 Monate beschäftigt, Werkvertrags- und freie Dienstnehmer/innen.

⁴⁾ Bevölkerung im Erwerbsalter (20 bis 64 Jahre).

¹⁰⁾ vgl. z.B. Auswertungen der Lohnsteuerstatistik in: Statistische Nachrichten 05/2004, S. 406 und 05/2003, S. 370.

¹¹⁾ vgl. eine Darstellung der Entwicklung in Österreich bis 2002 bei Fink (2003), S.136ff.

| Armut in Österreich

Bildung, Arbeitsmarkt und Armutsgefährdung

	Armutsgefährdungsquote (%)	relatives Risiko ¹⁾	Beschäftigungsquote ²⁾ in %
Bildung			
max. Pflichtschulabschluß	20	1,5	50
Lehre / mittlere Schule	10	0,7	76
Matura	10	0,8	67
Universität	7	0,5	83

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2003

¹⁾ Relatives Risiko im Vergleich zur Gesamtbevölkerung.²⁾ Beschäftigungsquote: Anteil der aktuell Erwerbstätigen im Erwerbsalter (20 bis 64 Jahre) an Personen im Erwerbsalter*Herkunft, Arbeitsmarkt und Armutsgefährdung*

	Armutsgefährdungsquote (%)	relatives Risiko ¹⁾	Beschäftigungsquote ²⁾ in %
Staatsbürgerschaft			
Österreich, EU und EFTA	12	0,9	69
Migrant/innen gesamt	27	2,0	65
Ehem. Jugoslawien	26	2,0	73
Türkei	34	2,5	59
Eingebürgerte Österreicher/innen (nicht vormals EU, EFTA)	26	2,0	63
Gesamtbevölkerung	13	1,0	69

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2003

¹⁾ Relatives Risiko im Vergleich zur Gesamtbevölkerung.²⁾ Beschäftigungsquote: Anteil der aktuell Erwerbstätigen im Erwerbsalter (20 bis 64 Jahre) an Personen im Erwerbsalter

schwelen zu rutschen. Und das auch, weil diese Beschäftigungsformen keinen Anspruch auf bestimmte Leistungen der sozialen Absicherung in Österreich zur Folge haben.

Gerade der Faktor Bildung spielt eine große Rolle dabei, welche Chancen eine Person auf dem Arbeitsmarkt hat.

Personen mit maximal Pflichtschulabschluss (das ist in Österreich knapp ein Drittel der Bevölkerung ab 15 Jahren) haben eine deutlich unterdurchschnittliche Erwerbsbeteiligung und eine eineinhalbfache Armutsgefährdung im Vergleich zur gesamten Erwerbsbevölkerung. **Jede Form der weiterführenden Bildung reduziert die Einkommensarmut.** Damit steigen die Chancen am Arbeitsmarkt – das wird auch an einer höheren Beschäftigungsquote sichtbar. Am obersten Ende der Bildungsabschlüsse, bei den abgeschlossenen Hochschulabschlüssen, ist nur mehr ein beinahe halb so großes Armutsrisiko vorhanden.

Über ein Viertel der **Migrant/innen** in Österreich lebt in Armutsgefährdung¹². Und das trotz fast gleich hoher Beschäftigungsquote wie Personen österreichischer und EU-Herkunft. Niedrigere Ausbildungsniveaus und Sprachprobleme sind Mitursache mangelnder Integration dieser Menschen am Arbeitsmarkt und haben zur Folge, dass ihnen oft nur schlecht bezahlte und unsichere Arbeitsplätze offen stehen. Differenziert nach den für Österreich wichtigsten Herkunftstaaten sieht man, dass es die aus der Türkei stammende Bevölkerungsgruppe am schwersten hat, in Österreich finanziell abgesichert zu leben. Sie hat ein mehr als doppelt so hohes Armutsrisiko (2,5-mal so hoch) als die Bevölkerung im Durchschnitt. Nur wenig besser – trotz ihrer mit 73% besonders hohen Beschäftigungsquote – stellt sich die Situation der Migrant/innen aus dem ehemaligen Jugoslawien dar: 26% leben in einem armutsgefährdeten Haushalt.

¹² Ausländische Haushalte sind relativ gut in EU-SILC erfasst. 6% der Befragten sind Personen ohne österreichischer, EU- oder EFTA Staatsbürgerschaft. Erstmals sind auch Daten zu eingebürgerten Österreicher/innen verfügbar.

Armut in Österreich |

Lebensformen und Armutsgefährdung

	Anzahl der Armutsgefährdeten (in 1.000)	Armutsgefährdungsquote (in %)	Armutsgefährdungslücke ¹⁾ (in %)	Beschäftigungsquote ²⁾ (in %)
Haushalte mit Pension				
Alleinstehende Männer	(16) *	(15)	(27)	
Alleinstehende Frauen	104	26	14	
Mehrpersonenhaushalt	136	13	17	
Gesamthaushalte mit Pension	256	17	16	
Haushalte ohne Pension				
Single Männer	(59)	(19)	(35)	78
Single Frauen	51	23	34	74
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	144	8	26	74
Alleinerziehende	89	31	17	77
Mehrpersonenhaushalt mit 1 Kind	103	7	24	77
Mehrpersonenhaushalt mit 2 Kindern	194	12	15	74
Mehrpersonenhaushalt mit 3+ Kindern	149	18	21	69
Gesamthaushalte ohne Pension	788	12	21	75
Insgesamt	1.044	13	20	

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2003

¹⁾ Armutsgefährdungslücke ist der durchschnittliche Abstand von der Armutsschwelle in Prozent.

²⁾ Beschäftigungsquote: Anteil der aktuell Erwerbstätigen im Erwerbsalter (20 bis 64 Jahre) an Personen im Erwerbsalter.

* Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen und können daher statistischen Schwankungen unterliegen.

Der Erhalt der österreichischen Staatsbürgerschaft verbessert die Situation dieser Gruppe aber kaum. **Österreicher/innen ausländischer Herkunft** (ohne EU- oder EFTA- Staaten) **haben ein doppelt so hohes Armutsrisiko als im Durchschnitt der Bevölkerung**. Allerdings ist in dieser Gruppe die Beschäftigungsquote mit 63% niedrig. Eine längere Aufenthaltsdauer in Österreich verbunden mit einer Einbürgerung bietet zwar einen höheren sozialrechtlichen Schutz, die Integration in den Arbeitsmarkt ist hingegen unterdurchschnittlich.

Dies veranschaulicht, dass es nicht allein die Ausübung einer Erwerbstätigkeit ist, die das Armutsrisiko senkt, sondern dass es **darauf ankommt, welche Erwerbsmöglichkeiten einer bestimmten Bevölkerungsgruppe auf dem Arbeitsmarkt überhaupt offen stehen**.

Die Zahlen belegen den engen **Zusammenhang zwischen Qualifikation, Herkunft und Einkommenschancen**. Neben diesen Faktoren hat die Qualität der Einbindung in zwischenmenschliche Netzwerke (Lebens- und Familienformen) für die finanzielle Situation eine wesentliche Bedeutung.

2.2. Familie und Lebensformen

Im Folgenden wird die Bedeutung von Familie und anderen Lebensformen zur Vermeidung von Armut untersucht. Die aktuellen Zahlen bestätigen die Entwicklung der letzten Jahre, wonach Alleinerziehende, kinderreiche Familien und alleinstehende ältere Menschen (meist Frauen) als besonders armutsgefährdet identifiziert werden.

89.000 Personen, beinahe jede dritte Person (31%) in einem alleinerziehenden Haushalt ist armutsgefährdet. Trotz ihrer sehr hohen Erwerbsbeteiligung von 77% gehören Alleinerziehende zu den gefährdetsten Gruppen.

Eine weitere sehr stark gefährdete Haushaltsform sind alleinstehende Menschen, wobei diese Gruppe schwer zusammengefasst werden kann. 110.000 Einpersonenhaushalte ohne Pension sind armutsgefährdet. Gleichzeitig haben Singles die höchste Erwerbsbeteiligung und finden sich überdurchschnittlich oft in den höchsten Einkommenssegmenten. Das Durchschnittseinkommen jener, die armutsgefährdet sind, ist

Armutsgefährdung nach dem Geschlecht des Hauptverdieners

Geschlecht	Haupteinkommensquelle ¹⁾	Anzahl der Armutsgefährdeten (in 1.000)	Armutsgefährdungsquote (in %)	Armutsgefährdungslücke (in %)
Männlicher Hauptverdiener	Erwerbseinkommen	322	7	15
	Sozialleistungen	152	41	27
	Pensionen	139	13	14
	Sonstige	(12) *	(29)	(62)
	Gesamt	626	11	18
Weibliche Hauptverdienerin	Erwerbseinkommen	138	11	19
	Sozialleistungen	138	56	25
	Pensionen	129	22	17
	Sonstige	(13)	(34)	(53)
	Gesamt	418	20	20

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2003

¹⁾ Haupteinkommen entspricht der größten Einkommenskomponente im Haushalt.

* Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen und können daher statistischen Schwankungen unterliegen.

aber am weitesten von der Armutsgefährdungsschwelle entfernt (Armutsgefährdungslücke von 34%).¹³

Mehrpersonenhaushalte mit und ohne Kinder haben durchschnittlich ein geringeres Risiko unter die Armutsgefährdungsschwelle zu fallen. Eine Ausnahme sind (neben den alleinerziehenden Haushalten) **Familien mit drei und mehr Kindern**, von denen **18% von Einkommensarmut betroffen** sind.

Das **Armutsrisiko für Haushalte**, deren **Haupteinkommensquelle Pensionen** sind, ist mit 17% deutlich höher als für Haushalte ohne Pension. Im Jahr 2002 betrug der Richtsatz der Ausgleichszulage für Einpersonenhaushalte EUR 631, was bei 14 Monatsbezügen ein Jahreseinkommen von EUR 8.834 und damit einen **Wert unter der Armutsgefährdungsschwelle** von EUR 9.425 bedeutet. Dieses erhöhte Risiko betrifft größtenteils **alleinstehende Frauen** (104.000), die mit einer Mindestpension auskommen müssen.¹⁴

Frauen haben in einer allgemeinen Gegenüberstellung – wie eingangs erwähnt – mit 14% ein höheres Armutsrisiko als Männer mit 12%. Das hier erfasste Haushaltseinkommen impliziert allerdings eine Gleichverteilung des Einkommens innerhalb eines Haushaltes und kann daher bei einem Mehrpersonen-

haushalt keine Auskunft über die Einkommenssituation nach Geschlecht geben.

418.000 Armutsgefährdete leben in Haushalten mit einer Frau als Hauptverdienerin. Diese haben damit ein beinahe doppelt so hohes Risiko (20%) als Haushalte mit einem Mann als Hauptverdiener (11%).

In der Unterscheidung nach Haupteinkommensquelle ist ersichtlich, dass Frauen nicht nur bei den Pensionen weniger als Männer abgesichert sind, auch bei einer Gliederung nach hauptsächlichem Erwerbseinkommen oder hauptsächlichem Sozialleistungen ist das Risiko von Frauen immer höher als bei Männern. Auch die Armutsgefährdungslücke ist größer.

Haushaltsformen mit männlichem Hauptverdiener, sowie **Partnerschaften mit 1 bis 2 Kindern** haben ein **unterdurchschnittliches Risiko**. Eine Analyse nach Erwerbstätigkeit von Frauen in Mehrpersonenhaushalten relativiert das: Mehrpersonenhaushalte, wo keine Frau erwerbstätig ist, haben ein überdurchschnittliches Armutsrisiko.

Wenn die **Frau erwerbstätig** ist, **reduziert sich das Risiko um zumindest die Hälfte** gegenüber jenen Haushalten, in denen Frauen nicht erwerbstätig sind. So haben z.B. Familien mit drei und mehr Kindern und

¹³ Gründe, warum allein stehende Personen ein hohes Armutsrisiko tragen, sind vielfältig. Eine genaue Spezifizierung bedarf einer umfassenderen Analyse dieser Gruppe und kann nur teilweise mit den vorliegenden Daten abgedeckt werden.

¹⁴ Die Armutsgefährdungslücke für Pensionist/innen-Haushalte (16%) ist deshalb höher als die Lücke zwischen Ausgleichszulagenrichtsatz und Armutsgefährdungsschwelle (6%), da auch Mehrgenerationenhaushalte (Pensionist/innen und Nicht-Pensionist/innen in einem Haushalt) und Personen, die gar keinen Pensionsanspruch haben, enthalten sind.

Armut in Österreich |

Erwerbstätigkeit von Frauen¹⁾ und Armutsgefährdung (nach Haushaltsform)

	Anzahl der Armutsgefährdeten (in 1.000)	Armutsgefährdungsquote (%)
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder		
Frau erwerbstätig	45	4
Frau nicht erwerbstätig	80	19
Alleinerzieherinnen		
erwerbstätig	64	28
nicht erwerbstätig	(22) *	(51)
Mehrpersonenhaushalt mit 1 Kind		
Frau erwerbstätig	54	5
Frau nicht erwerbstätig	50	13
Mehrpersonenhaushalt mit 2 Kindern		
Frau erwerbstätig	73	7
Frau nicht erwerbstätig	132	24
Mehrpersonenhaushalt mit 3+ Kindern		
Frau erwerbstätig	41	9
Frau nicht erwerbstätig	111	31

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2003

¹⁾ Nur Haushalte mit zumindest einer Frau im erwerbsfähigen Alter.

* Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen und können daher statistischen Schwankungen unterliegen.

keiner erwerbstätigen Frau ein Risiko von 31% arm zu werden. Ist in solchen Haushalten die Frau erwerbstätig, dann beträgt das Risiko 9%.

In Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder steigt die Armutsgefährdung von 4% auf 19%, wenn die Frau nicht berufstätig ist. Einzige **Ausnahme** sind **Alleinerzieherinnen**. Denn auch mit Erwerbstätigkeit sind 28% der Alleinerzieherinnen armutsgefährdet.

Bestehende Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen haben demnach einen besonderen Nachteil für alleinerziehende erwerbstätige Frauen und ihre Kinder. Wenn Frauen in anderen Familienformen die Möglichkeit haben, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, so ist das in wesentlich größerem Maße existenzsichernd. Gerade Frauen, die gut ausgebildet sind und daher ein höheres Einkommen erzielen können, treten nach der Geburt eines Kindes bzw. mit mehreren Kindern eher (wieder) ins Berufsleben ein.

Es ist daher essentiell, Frauen mit Familie ausreichend bezahlte Erwerbstätigkeit und die damit verbundene Kinderbetreuung zu ermöglichen, um Familien und ihre Kinder vor Armut zu schützen. Alleinerziehende, eine zunehmende Lebensform, bedürfen in besonderem Maß flexibler Kinderbetreuung und familienadäquater Arbeitszeiten.

2.3. Staatliche Sozialleistungen

Die Verteilung der Einkommen ist in Österreich einem starken Regulativ durch wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen unterworfen. Im Folgenden soll der Einfluss von monetären Transfers untersucht werden.

Bedeutung von Sozialtransfers für das verfügbare Haushaltseinkommen

Durchschnittlich 36% des Einkommens eines österreichischen Privathaushalts stammen aus sozialen Direktleistungen der öffentlichen Hand. Mehr als die Hälfte dieser Leistungen sind Pensionen.

In armutsgefährdeten Haushalten machen Leistungen der öffentlichen Hand 60% des Gesamteinkommens aus. In nicht armutsgefährdeten Haushalten sind es im Durchschnitt 33%. Die Sozialleistungen ohne Pensionen decken bei armutsgefährdeten Haushalten mehr als ein Drittel des Haushaltseinkommens ab. Nicht-Armutsgefährdete Haushalte beziehen durchschnittlich 12% ihres Einkommens aus Sozialleistungen.

Bei den stärker gefährdeten Gruppen (Mehrpersonenhaushalte mit 3 oder mehr Kindern, Haushalte mit Kleinkindern, Alleinerziehende) leisten staatliche Sozialtransfers einen ca. doppelt so hohen Beitrag zum

Anteil der Sozialtransfers am verfügbaren Einkommen

Haushalte mit...	Armutsgefährdungsquote (%)	relativer Anteil ¹⁾ am Einkommen in %		
		Sozialleistungen ²⁾	Pensionen ³⁾	Sozialleistungen + Pensionen
... 3 oder mehr Kindern	18	29	3	32
... 2 Kindern	12	20	3	23
... 1 Kind	7	15	3	18
... jüngstem Kind bis 6 Jahre	17	25	3	28
... jüngstem Kind ab 7 Jahre	12	20	5	25
... Alleinerziehenden	31	31	1	33
... Langzeitarbeitslosigkeit (ab 12 Monate)	36	51	8	59
... Kurzarbeitslosigkeit (bis 6 Monate)	16	27	4	31
... Sozialhilfe	(47) *	60	17	77
... Migrant/innen	27	23	4	28
... Eingebürgerten	26	25	13	38
... Behinderung ⁴⁾ ohne Leistungsbezug	20	19	40	60
... Behinderung und Leistungsbezug ⁵⁾	13	18	56	74
nicht armutsgefährdete Haushalte		12	20	33
armutsgefährdete Haushalte gesamt		34	25	60
alle Haushalte	13	15	21	36

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2003

¹⁾ relativer Anteil: Anteil des Einkommens aus Sozialleistungen bzw. Pensionen am Gesamteinkommen.²⁾ Sozialleistungen umfassen Familien-, Bildungs-, Arbeitslosen-, Gesundheitsleistungen, Sozialhilfe und Wohnbeihilfe.³⁾ Unter Pensionen werden Eigen- und Hinterbliebenenpensionen und bestimmte Sozialleistungen für Personen im Pensionsalter (Unfallrente, Invaliditätspension, Pflegegeld) verstanden.⁴⁾ Behinderung = subjektiv wahrgenommene starke Beeinträchtigung.⁵⁾ mit Leistungsbezug ist hier der Bezug von Pflegegeld oder erhöhter Familienbeihilfe wegen Behinderung gemeint.

* Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen und können statistischen Schwankungen unterliegen.

Gesamteinkommen als im Durchschnitt. Mit der Zahl der Kinder im Haushalt steigen die Armutsgefährdung und die Bedeutung der Sozialtransfers für das Gesamteinkommen. In Haushalten mit nur einem Kind – diese Haushaltsform hat mit 7% ein recht geringes Armutsrisiko – machen die Sozialtransfers 15% aus. Gibt es dagegen drei oder mehr Kinder, dann besteht das Haushaltseinkommen zu fast einem Drittel aus Sozialtransfers (inklusive Pensionen).

Die Hälfte des verfügbaren Einkommens eines **Langzeitarbeitslosenhaushalts** machen Sozialleistungen aus. Die mit 36% fast dreimal so hohe Quote der Armutsgefährdung verdeutlicht aber, dass diese Leistungen, obwohl sie relativ gesehen den größten Teil des Einkommens bilden, absolut gesehen einem Drittel dieser Haushalte keine finanzielle Sicherheit über der Armutsgefährdungsschwelle ermöglichen können. Noch wichtiger sind Sozialleistungen nur für **Bezieher/innen von Sozialhilfe. In ihren Haushalten sind 60% des Einkommens Sozialleistungen**. Inklusive Pensionen beträgt der Anteil sogar über drei Viertel.

Migrant/innen und inzwischen Eingebürgerte beziehen Sozialleistungen, die rund ein Viertel ihres Einkommens bedeuten. Hier zeigt sich, dass der Erhalt der österreichischen Staatsbürgerschaft zu keiner Erhöhung der Sozialleistungen (ohne Pensionen) führt. Im Vergleich zu allen Armutsgefährdeten ist der Anteil von Sozialleistungen am Haushaltseinkommen bei beiden Gruppen unterdurchschnittlich.

Für Haushalte mit einer **behinderten Person**, die keine Pflegeleistung bezieht, sind Pensionen mit 40% des Einkommens und Sozialleistungen (rund 19%) wichtige Einkommensquellen. In Haushalten, in denen eine Pflegeleistung bezogen wird, ist bei geringerer Armutsgefährdung der Anteil von Sozial- und Pensionsleistungen höher. Sie machen zusammen 74% aus.

Die Analyse zeigt, dass sowohl Sozialtransfers wie auch Pensionen eine wichtige Einkommensfunktion zukommt. Es wird deutlich, **wie abhängig einkommensschwache Haushalte von Sozialtransfers sind**. Prinzipiell gilt: Je geringer das gesamte verfügbare Haushaltseinkommen, desto höher ist der Anteil aus Sozial-

Armut in Österreich |

transfers. Dies muss aber nicht gleichbedeutend mit einem höheren absoluten Leistungsbezug sein.

Rolle der Sozialtransfers für die Armutsinderung

Die Armutsgefährdungsquote wurde bisher immer für das gesamte verfügbare Einkommen eines Haushalts inklusive staatlicher Sozialtransfers ausgewiesen. Um die armutslindernde Wirkung der Sozialleistungen festzustellen, werden im Folgenden die Sozialleistungen von den Gesamteinkommen der Haushalte abgezogen. Damit wird dargestellt, wie viele Personen unter die Armutsgefährdungsschwelle fallen würden, wenn dem Haushalt nur seine Einkünfte aus Arbeit und Vermögen (Primäreinkommen) und privaten Transfers zur Verfügung stünden¹⁵. Wenn Primäreinkommen und Privattransfers den Gesamteinkommen (die Summe aus tatsächlich bezogenen Sozialleistungen, Primäreinkommen und Privattransfers) gegenübergestellt werden, kommt zum Ausdruck, in welchem Ausmaß die Sozialleistungen zur Reduzierung der Armutsgefährdung beitragen.

Staatliche Sozialleistungen können Umfang und Intensität des Armutsrisikos deutlich abschwächen. **Ohne Sozialtransfers und Pensionen wären statt 13% der Bevölkerung 42% armutsgefährdet.** D.h. ohne Sozialleistungen würde die Armutsgefährdungsquote der Bevölkerung mehr als dreimal so hoch wie die tatsächliche Armutsgefährdung sein.

Je nach Altersstruktur und Zusammensetzung des Haushalts sind entweder Pensionen oder andere Sozialleistungen von besonderer Bedeutung für das Haushaltseinkommen. Es wird deshalb in der folgenden Analyse neben einer Darstellung der Gesamtbevölkerung auch zwischen Haushalten mit Pensionen als hauptsächlicher Einkommensquelle und Haushalten ohne Pensionen unterschieden.

Alleinstehende Pensionist/innen und solche in Mehrpersonenhaushalten sind gleichermaßen auf ihre Pension angewiesen, es stehen ihnen aus anderen Quellen kaum Einkommen zur Verfügung. Ohne Pension wären praktisch alle armutsgefährdet. Die unterschiedliche Armutsgefährdung nach Pensionen zwischen Männern (15%) und Frauen (26%) ist also allein auf den Niveauunterschied der Pensionen zurückzuführen.

Bei **Bevölkerungsgruppen ohne Pensionen** haben altersunabhängige Sozialtransfers und hiervon wieder bestimmte Leistungsarten verschieden große Bedeutung für die Reduktion der Armutsgefährdung. Es wird hier nach Familien- und Bildungsleistungen, Arbeitslosenleistungen, Gesundheitsleistungen und bedarfsorientierten Leistungen wie Sozialhilfe und Wohnbeihilfe differenziert. **Die größte Wirkung haben Familien- und Bildungsleistungen, wobei diese Leistungsart auch absolut, d.h. von den Ausgaben her, die umfangreichste ist.** Hingegen sind bedarfsabhängige Leistungen (Sozialhilfe, Wohnbeihilfe) vom Aufwand her eher unbedeutend – für ihre Bezieher/innen sind sie aber von umso größerer Wichtigkeit¹⁶.

Die armutslindernde Wirkung von Sozialtransfers, speziell von Familienleistungen, kann in Mehrpersonenhaushalten mit Kindern die Armutsgefährdung um die Hälfte bis zu zwei Drittel reduzieren. In Haushalten mit 1 Kind sinkt die Armutsgefährdung auf Grund der Sozialleistungen von 22% auf 7%, in Haushalten mit 2 Kindern von 32% auf 12% und in Haushalten mit 3 und mehr Kindern von 50% auf 18%. Der relative Beitrag der Sozialtransfers ist dabei in Haushalten mit 1, 2 oder 3 und mehr Kindern etwa gleich hoch. Dennoch bleibt das Armutsgefährdungsrisiko von Haushalten mit drei oder mehr Kindern auch nach Berücksichtigung von Sozialleistungen stark erhöht.

Alleinerziehende Haushalte sind in hohem Maße von staatlichen Leistungen abhängig, jedoch ist der Effekt der Armutsinderung nicht so stark ausgeprägt wie bei Mehrpersonenhaushalten mit Kindern. **Sozialtransfers senken die Zahl der armutsgefährdeten Alleinerziehendenhaushalte aber immerhin noch um ca. 40%.**

In Haushalten ohne Pension und ohne Kinder sind es vor allem Leistungen im Zusammenhang mit Gesundheit und Arbeitslosigkeit, die die Armutsgefährdung senken: Für Mehrpersonenhaushalte reduziert sich die Armutsgefährdung um die Hälfte. Letztendlich hat diese Gruppe ein Risiko von nur 8%. Bei Singles würde das Risiko ohne Sozialleistungen für Männer 27% (statt 19%) und für Frauen 31% (statt 23%) betragen, das entspricht einer Reduktion der Zahl der Armutsgefährdeten um ein knappes Drittel.

¹⁵ Es handelt sich um eine rein fiktive Berechnung bei gleich bleibender Armutsgefährdungsschwelle (EUR 785 monatlich).

¹⁶ 2002 betragen die Ausgaben für die allgemeine Sozialhilfe knapp 450 Millionen Euro (Pratscher 2004), dazu im Vergleich: Allein für die Familienbeihilfe wurden 2002 über 2.930 Millionen Euro aufgewendet (BMSG: ESSOSS-Sozialdatenbank, Sozialausgaben, Statistik Austria).

Armutgefährdung vor und nach Sozialtransfers und Pensionen

	inkl. Sozialtransfers und Pensionen	ohne Sozialtransfers und Pensionen	ohne Pensionen	ohne Sozialtransfers	ohne Familienleistungen ²⁾	ohne Arbeitslosenleistungen ³⁾	ohne Gesundheitsleistungen ⁴⁾	ohne Sozialhilfe/ Wohnbeihilfe ⁵⁾
HH ⁶⁾ mit Pension gesamt	17	95	95	19	17	17	17	17
Alleinstehende Männer	(15)	94	94	15	15	15	15	15
Alleinstehende Frauen	26	99	99	29	26	26	27	28
MPH ⁷⁾ ohne Kinder	13	94	93	16	14	14	14	13
HH ohne Pension gesamt	12	30	16	26	21	14	15	12
Single Männer	(19)	27	19	27	19	23	23	19
Single Frauen	23	35	27	31	24	26	27	25
MPH ohne Kinder	8	21	13	16	9	10	13	8
Alleinerziehende	31	55	34	52	49	34	33	32
MPH mit 1 Kind	7	22	11	18	13	10	9	7
MPH mit 2 Kindern	12	32	15	28	25	14	13	12
MPH mit 3+ Kindern	18	50	20	45	40	20	19	18
Haushalte mit...								
Langzeitarbeitslosigkeit ⁸⁾	36	79	46	70	47	55	40	36
Sozialhilfe	(47)	90	59	85	65	63	47	60
Behinderung	19	68	55	33	23	21	25	19
Migrant/innen	27	45	29	42	39	31	27	27
Eingebürgerten	26	50	38	39	33	29	26	27
gesamte Bevölkerung ¹⁾	13	42	31	24	20	15	15	13

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2003

¹⁾ Lesehilfe: Die Armutgefährdung beträgt in der Gesamtbevölkerung 13%. Würde man bei gleichbleibender Schwelle die Armutgefährdung anhand des Einkommens ohne Sozialtransfers und Pensionen berechnen, würde sie 42% betragen (nur ohne Pensionen 31% bzw. nur ohne Sozialtransfers 24%). Ohne Familien- und Bildungsleistungen würde die Armutgefährdung 20% betragen, ohne Arbeitslosenleistungen 15% usw.

²⁾ Familienbeihilfe, Wochengeld, Karenz-/Kinderbetreuungsgeld, staatl. Unterhaltsvorschüsse

³⁾ Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Vorzeitige Alterspension wegen Arbeitslosigkeit, andere Arbeitslosenleistungen

⁴⁾ Krankengeld, Unfallrente, Pflegegeld, Invaliditätspension von Personen unterhalb des Pensionsalters

⁵⁾ Sozialhilfe, Einmalzuschüsse und Dauerleistungen, Wohnbeihilfe

⁶⁾ HH=Haushalte

⁷⁾ MPH=Mehrpersonenhaushalte

⁸⁾ Langzeitarbeitslosigkeit ab 12 Monaten

Armut in Österreich |

Ist ein Haushalt von **Langzeitarbeitslosigkeit** betroffen, stammt ein Großteil seines Einkommens aus Arbeitslosenleistungen. Durch diese und andere Sozialleistungen (v.a. auch familienbezogene Leistungen) wird das **Armutsrisiko von 70% auf 36% gesenkt**. Die Armutsgefährdung für Sozialhilfebezieher/innen reduziert sich auf Grund der Sozialleistungen von 90% auf 47%. Hier spielen neben Sozial- und Wohnbeihilfen Arbeitslosen- und Familienleistungen eine große Rolle.

Eine besondere Bedeutung bei der Reduktion des Armutsrisikos haben Sozialtransfers und Pensionen in Haushalten mit Behinderten. Ohne Sozialtransfers und Pensionen wären statt 19% rund zwei Drittel dieser Haushalte armutsgefährdet.

Gegenüber der Gesamtbevölkerung, für die sich im Schnitt das Risiko um zwei Drittel reduziert, erfahren Migrant/innen sowie eingebürgerte Personen keine so deutliche Reduktion ihres Armutsrisikos durch Sozialleistungen und Pensionen. Auf Grund der Alterstruktur sind Pensionen für ausländische Haushalte praktisch irrelevant. Familienleistungen kommen gefolgt von Arbeitslosen- und Gesundheitsleistungen die größte Bedeutung zu. Insgesamt führen staatliche Leistungen zu einer Senkung des Armutsrisikos von 44% auf 24% in Migrant/innenhaushalten. Bei den Eingebürgerten verhält es sich, abgesehen von einer größeren Bedeutung von Pensionsleistungen, sehr ähnlich. Auch hier wäre das Armutsrisiko ohne Transferleistungen (47%) deutlich höher, es bleibt aber auch nach deren Erhalt mit 22% stark überdurchschnittlich.

Wenn auch die primäre Zielsetzung von Sozialleistungen (mit Ausnahme der bedarfsabhängigen Leistungen) nicht in der Reduktion von Armut liegt, werden durch Sozialleistungen Armutsrisiken verringert. Wie die Analyse zeigt, geschieht dies für verschiedene Beziehergruppen in unterschiedlichem Maße.

3. Armut und soziale Ausgrenzung

Armut ausschließlich über niedriges Einkommen zu definieren berücksichtigt nicht die unterschiedlichen Kostenstrukturen und Lebenslagen von Haushalten. Es wird damit unterstellt, dass jeder Mensch mit seinem zur Verfügung stehenden Einkommen optimal und unter gleichen Bedingungen zu wirtschaften vermag. Unterschiedliche Bedürfnisse (z.B. alte Menschen versus berufstätige Menschen oder Jungfamilien), Kostenstrukturen (z.B. Stadt-Land, Ost-West) und Rahmenbedingungen (z.B. teure Mietwohnung oder Eigentum) ermöglichen unterschiedliche Lebensführungen mit dem gleichen Einkommen. Ob Armut sich verfestigt, hängt auch davon ab, wie lange diese niedrige Einkommenssituation andauert und welche anderen Mittel zur Verfügung stehen (z.B. Ersparnisse, Hilfe durch Freunde und Familie).

Die subjektive Wahrnehmung der finanziellen Situation eines Haushaltes kann als ein Indikator für unterschiedliche Bedürfnisse und Kostenstrukturen herangezogen

Subjektive Wahrnehmung der eigenen ökonomischen Situation¹⁾

Einkommen ist geringer als benötigt	Armutsgefährdet < 60 % Median (%)	Nicht Armutsgefährdet > 60 % Median (%)	Gesamt (%)
Alter²⁾			
Jugendliche (bis 25)	76	10	23
mittlere Erwachsene (25 bis 64)	75	12	19
Senior/innen (65+)	56	15	22
Region			
Wien	82	20	29
andere Großstädte (>100.000) ³⁾	81	13	23
Städte mittlerer Größe (>10.000)	78	11	19
ländlicher Bereich (<10.000)	64	9	16
Gesamt	71	12	20

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2003

¹⁾ Anteil jener Personen in Haushalten, deren berechnetes gesamtes Haushaltsnettoeinkommen geringer ist als der Betrag, den der Haushalt als unbedingt notwendig ansieht, um auskommen zu können.

²⁾ Alter: nach Hauptverdiener/in.

³⁾ Andere Großstädte sind Linz, Salzburg, Graz, Innsbruck.

werden. 71% der Armutsgefährdeten empfinden ihr Haushaltseinkommen als nicht ausreichend. Die finanziellen Bedürfnisse von Haushalten variieren allerdings beträchtlich, differenziert nach Alter des Hauptverdieners und Region. Während drei Viertel der Personen in armutsgefährdeten Haushalten mit einer unter 65-jährigen hauptverdienenden Person kein finanzielles Auskommen finden, sinkt dieser Anteil bei alten Menschen über 65 Jahre auf 56%. Auch im ländlichen Bereich wird die Einkommensarmut als weniger drückend empfunden. Während 82% der armutsgefährdeten Haushalte in Wien über kein ausreichendes Einkommen berichten, sind dies nur 64% in ländlichen Gegenden.

Die unterschiedliche Wahrnehmung von armutsgefährdeten Haushalten, wieviel Einkommen sie zumindest benötigen, weist auf unterschiedliche Bedürfnis- und Kostenstrukturen nach Alter und Region hin.

Von den als nicht-armutsgefährdet klassifizierten Haushalten berichten nur mehr 12%, dass sie mit den ihnen zu Verfügung stehenden finanziellen Mitteln nicht auskommen können. In Wien hat allerdings ein Fünftel der Nicht-Armutsgefährdeten nicht genug Einkommen um das Auslangen zu finden.

Niedriges Einkommen ist folglich ein guter Indikator für die finanzielle Situation eines Haushaltes, aber **kein hinreichender Indikator für Armut**. Für eine Spezifizierung von Armut und sozialer Teilhabe bedarf es der Berücksichtigung anderer Lebensaspekte und Möglichkeiten.

Begriffe wie **soziale Ausgrenzung oder Deprivation versuchen einem multidimensionalen Armutsphänomen** gerecht zu werden. Es sind die mangelnden Möglichkeiten (oder capabilities wie der Autor Amartaya Sen es definiert hat), die gesellschaftliche Teilhabe verhindern und zu deprivierten Lebenslagen führen.

In der internationalen Sozialberichterstattung hat sich zur Erfassung marginalisierter Lebenssituationen eine

Reihe von Indikatoren etabliert. Eine nicht ausreichende Teilhabe in Lebensbereichen über das Einkommen hinaus wird als Deprivation bezeichnet. Deprivation wird als Benachteiligung in wesentlichen Lebensbereichen definiert und zwar „als fehlende Möglichkeit zur Inanspruchnahme von Gütern und Dienstleistungen sowie zur Teilnahme an Aktivitäten, die von der jeweiligen Gesellschaft als zentral angesehen wird“ (vgl. Europäische Kommission 2002) und muss als zentrale Dimension der Armutsberichterstattung angesehen werden.

In Österreich fanden diese nichtmonetären Indikatoren im Ansatz der **akuten Armut** Verwendung. Von akuter Armut wird gesprochen, wenn zusätzlich zu der finanziellen Benachteiligung gewisse Mängel oder Einschränkungen in grundlegenden Lebensbereichen auftreten (wie keine angemessene Wohnung oder Heizmöglichkeit, Kleidung oder Nahrung). Das Konzept „Akute Armut“ wurde seit 1995 auf Basis des ECHPS verwendet, wobei zuletzt 4% Betroffene ausgewiesen wurden. Dabei werden **nur Personen unter der Armutsgefährdungsschwelle erfasst**.

Um prekäre Lebenslagen und soziale Teilhabechancen zu beurteilen ist es wesentlich, **nichtmonetäre** Indikatoren einzubeziehen und diese nicht nur im Zusammenhang mit Einkommensarmut zu betrachten. Es werden dabei auch jene Haushalte und Personen berücksichtigt, die ein höheres Einkommen als die Armutsgefährdungsschwelle aufweisen. In Anbetracht der Sensitivität eines Einkommensschwellenwertes zur Identifikation von Armutslagen bedarf es einer Erweiterung der Armutsberichterstattung durch nichtmonetäre Benachteiligung und es sind entsprechende Dimensionen zu entwickeln.

In der europäisch vergleichenden Sozialstatistik konnten in **fünf Lebensbereichen nichtmonetäre** Benachteiligung klassifiziert und einkommensbezogener Armutsgefährdung gegenübergestellt werden. Dabei wurden **primäre** und **sekundäre Benachteiligung in**

Zusammenhang von Deprivation und Armutsgefährdung

		Depriviert	
		Nein	Ja
Einkommensbezogene Armutsgefährdung	Nein	Nicht-Arm	mangelnde Teilhabe
	Ja	Einkommensarmut	verfestigte Armut

Quelle: Schema der Armutslagen (nach Redl, 2002)

Armut in Österreich |

der Lebensführung unterschieden und **zusätzlich drei Dimensionen in den Bereichen Wohnungsprobleme, unzureichende Wohnausstattung** (wie kein Bad, Fließwasser etc.) **und Wohnumgebungsprobleme** (z.B. Umweltverschmutzung) als relevant für die Beschreibung von nichtmonetärer Deprivation erachtet (vgl. Eurostat 2002). Allerdings wurden die Indikatoren für alle EU-Staaten vereinheitlicht, um Vergleichbarkeit zu gewährleisten. Dabei wurden manche Indikatoren, wie etwa zu sozialen Beziehungen, Gesundheit und subjektivem Empfinden nicht berücksichtigt, da sie kulturelle Einstellungen und Gebräuchlichkeiten zu stark widerspiegeln und daher für einen Vergleich nur bedingt geeignet sind¹⁷.

Für Eurostat wurden diese fünf zentralen Lebensbereiche zur Beschreibung von Deprivation mithilfe einer Faktorenanalyse ermittelt. In der vorliegenden Analyse konnten diese Ergebnisse für Österreich, im wesentlichen bestätigt werden¹⁸. Die Bereiche werden daher in Anlehnung an bisherige Publikationen (vgl. Eurostat 2002) bezeichnet. Mangelnde Teilhabe wird angenommen, wenn zumindest drei Probleme gleichzeitig in einem Bereich auftreten.

Das Unvermögen, sich grundlegende Dinge leisten zu können, wird als **primäre Benachteiligung der Lebensführung bezeichnet** und beinhaltet Fragen, ob der Haushalt es sich leisten kann:

- einmal im Jahr Urlaub zu machen,
- die Wohnung angemessen warm zu halten,
- bei Bedarf neue Kleider zu kaufen,
- Fleisch, Fisch¹⁹ jeden zweiten Tag zu essen,
- unerwartet anfallende Ausgaben zu tätigen oder
- der Haushalt mit Zahlungen im Rückstand ist.

Der **erzwungene Verzicht auf als erstrebenswert geltende Güter** wird als **sekundäre Benachteiligung der Lebensführung** bezeichnet und betrifft folgende langlebigen Gebrauchsgüter, die aus finanziellen Gründen nicht angeschafft werden können:

- PC
- Handy
- Internet-Anschluss
- DVD-Player
- Geschirrspülmaschine
- PKW

Mangelnde Teilhabe in den Bereichen Gesundheit und Wohnen wird dann angenommen, wenn zumindest zwei Probleme je Bereich auftreten.

Starke gesundheitliche Einschränkungen werden mit folgenden Fragen erhoben:

- hat einen sehr schlechten Gesundheitszustand,
- ist seit zumindest einem halben Jahr durch eine Behinderung stark beeinträchtigt,
- hat eine chronische Krankheit.

Wohnungsprobleme und mangelhafte Ausstattung werden bei folgenden Problemen angenommen:

- kein Bad oder WC in der Wohnung,
- Schimmel oder Feuchtigkeit,
- dunkle Räume,
- keine Waschmaschine.

Bei **Problemen im Wohnumfeld** wird unterstellt, dass der Haushalt diese Schwierigkeiten vermeiden möchte; hat Probleme in der Wohngegend durch:

- Lärmbelästigung,
- Luft- oder Wasserverschmutzung durch Verkehr oder Industrie,
- Kriminalität, Gewalt, Vandalismus.

9% der Gesamtbevölkerung sind von einer Benachteiligung in der ersten und wichtigsten Lebensführungsdimension betroffen. Bei den Armutsgefährdeten ist es beinahe ein Viertel, bei den Nicht-Armutgefährdeten sind es noch 7%.

7% der Bevölkerung und **16% der Armutsgefährdeten** geben an, sich nachhaltige, aber nicht lebensnotwendige Konsumgüter, **wie PKW, Geschirrspüler oder Handy nicht leisten zu können**.

Gesundheitlich stark beeinträchtigt fühlen sich 13% der Armutsgefährdeten (7% der Nicht-Armutgefährdeten).

Probleme und Mängel in der Wohnung betreffen 3% der Gesamtbevölkerung, **8% der Armutsgefährdeten**.

Eine **Benachteiligung in der Wohnumgebung** betrifft Menschen unter der Armutsgefährdungsschwelle (9%) gleichermaßen wie jene mit einem Einkommen darüber (8%).

¹⁷ Mangelnde Vergleichbarkeit ist ein Mitgrund, warum soziale Beziehungen, ein zur Beschreibung von sozialer Ausgrenzung so wichtiger Indikator, in EU-SILC nicht mehr erfragt werden.

¹⁸ Eine genaue methodische Beschreibung der Faktorenanalyse und statistischen Berechnung der Dimensionen findet sich im Endbericht zu EU-SILC 2003. Gesundheit ist eine für Österreich zusätzliche Dimension.

¹⁹ oder eine gleichwertige vegetarische Speise.

| Armut in Österreich

Bereiche nicht-monetärer Benachteiligung

Deprivationsbereiche und Indikatoren	Armutsgefährdet (%)	Nicht-Armutsgefährdet (%)	Gesamt (%)	Anzahl (in 1.000)
1.) Primäre Benachteiligung der Lebensführung¹⁾	24	7	9	739
<i>Kann sich nicht leisten ...</i>				
Urlaub zu machen ³⁾	46	20	24	1.886
jeden 2.Tag Fleisch, Fisch zu essen	18	7	9	680
neue Kleider zu kaufen	19	7	9	695
die Wohnung angemessen warm zu halten	7	2	3	231
unerwartete Ausgaben zu tätigen	47	22	25	1.971
Ist mit Zahlungen im Rückstand	8	2	3	223
2.) Sekundäre Benachteiligung der Lebensführung¹⁾	16	6	7	548
<i>Kann sich nicht leisten ...</i>				
PKW	11	4	5	385
Handy	7	2	3	222
Geschirrspülmaschine	13	4	6	448
PC	15	6	7	550
Internet	19	9	10	831
DVD	21	10	12	914
3.) Gesundheitliche Beeinträchtigung²⁾	13	7	7	593
Sehr schlechter allgemeiner Gesundheitszustand	4	2	2	158
Stark beeinträchtigt durch eine Behinderung	15	8	9	720
Chronisch krank	21	15	16	1.276
4.) Wohnungsprobleme²⁾	8	2	3	235
Ohne Bad,Dusche oder WC	7	2	3	200
Feuchtigkeit und Schimmel	15	9	10	759
Dunkle Räume	10	4	5	401
Keine Waschmaschine/Waschküche	1	0	0	34
5.) Probleme im Wohnumfeld	9	8	8	635
Lärmbelästigung	22	20	20	1.608
Umweltverschmutzung	9	8	8	619
Kriminalität	7	7	7	564

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2003

¹⁾ primäre und sekundäre Benachteiligung bei Auftreten von zumindest 3 Problemen je Bereich.²⁾ Gesundheit und Wohnbenachteiligung bei Auftreten von zumindest 2 Problemen je Bereich.³⁾ Lesehilfe: 46% der Armutsgefährdeten, 20% der Nicht-Armutsgefährdeten und 24% der Gesamtbevölkerung können sich aus finanziellen Gründen keinen Urlaub leisten. 1.886.000 Menschen leben in Österreich in Haushalten, die sich keinen Urlaub leisten können

Ein **Gesamtindex nichtmonetärer Deprivation** ist nur **schwer darstellbar**, da die einzelnen Bereiche eine unterschiedliche Gewichtung haben. Eine beeinträchtigte Gesundheit tritt bei vielen älteren Menschen auf, bei ausreichendem Einkommen kann hier aber nicht von sozialer Ausgrenzung gesprochen werden. Erst bei fehlender Teilhabe in mehreren Bereichen und/oder sehr geringem Einkommen ist daher eine gesamtgesellschaftliche Ausgrenzung anzunehmen.

Die hier dargestellten Indikatoren und Deprivationsdimensionen erlauben allerdings ein differenzierteres Bild von „Armut“. 7,3% der Armutsgefährdeten sind in keinem hier abgebildeten Bereich als depriviert zu bezeichnen und damit mit einer reinen Einkommensarmut konfrontiert. Hingegen sind ca. 20% der nicht-armutsgefährdeten Bevölkerung in zumindest einer Dimension von mangelnder Teilhabe betroffen. **Bei 5,9% der Bevölkerung zeichnet sich aufgrund niedrigen**

Armut in Österreich |

Einkommens und mangelnder Teilhabe in anderen Lebensbereichen eine verfestigte Armutslage ab.

Solange Einkommensarmut ein vorübergehender Zustand ist, kann soziale Ausgrenzung vermieden werden. Mit anhaltend niedrigem Einkommen, und das betrifft nun auch niedrige Einkommen oberhalb der Schwelle, muss von einem gleichzeitig hohem Risiko der sozialen Ausgrenzung ausgegangen werden, da es für jene Haushalte und Personen zunehmend schwierig wird, einen Lebensstandard, der in unserer Gesellschaft als grundlegend erachtet wird, aufrechtzuerhalten.

Damit können hier **vier Risikolagen** unterschieden werden:

Nicht-Arm: Sind weder von niedrigem Einkommen unter der Armutgefährdungsschwelle noch in keinem Bereich von mangelnder Teilhabe betroffen.

Mangelnde Teilhabe: Nicht einkommensarm, aber mangelnde Teilhabe tritt zumindest in einem der 5 Bereiche auf.

Dimensionen sozialer Ausgrenzung

	Anzahl (in 1.000)	Anteil (%)
Nicht-Arm	5.328	67,2
Mangelnde Teilhabe	1.560	19,7
Einkommensarm	577	7,3
Verfestigte Armut	467	5,9

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2003

Ausmaß nicht-monetärer Deprivation

Deprivationsdimensionen	Armutgefährdet (%)	Nicht-Armutgefährdet (%)	Gesamt (%)	Anzahl (in 1.000)
zumindest in einem Bereich depriviert	44,7	22,6	25,5	2.027
zumindest in 2 Bereichen depriviert	17,1	5,4	6,9	548
zumindest in 3 Bereichen depriviert	5,5	1,3	1,9	147

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2003

Bereiche nicht-monetärer Deprivation

zumindest in einem Bereich depriviert	Armutgefährdet (%)	Nicht-Armutgefährdet (%)
...% der Personen sind betroffen von		
primärer Benachteiligung	54	31
sekundärer Benachteiligung	35	25
gesundheitlicher Benachteiligung	28	30
Wohnungsproblemen	17	10
Problemen im Wohnumfeld	19	35

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2003

Einkommensarm: Das Einkommen liegt unter der Armutgefährdungsschwelle, aber mangelnde Teilhabe tritt in keinem Bereich auf.

Armut: Armutgefährdung durch niedriges Einkommen und mangelnde Teilhabe in zumindest einem Bereich.

Beinahe die Hälfte der Armutgefährdeten (45%) ist von Deprivation in zumindest einer der fünf Dimensionen betroffen. Mangelnde Teilhabe in 3 Lebensbereichen trifft 5,5% der Armutgefährdeten. Aber auch 5,4% jener, die ein Einkommen über der Armutgefährdungsschwelle haben, verzeichnen mangelnde Teilhabe in zumindest 2 Bereichen.

Eine differenzierte Betrachtung jener, die zumindest in einem Bereich von Deprivation betroffen sind ergibt, dass **nicht-monetäre Deprivation in starkem Zusammenhang mit dem Einkommen** steht. Mehr als die Hälfte jener Personen (54%), die hier als arm bezeichnet werden, können sich grundlegende Dinge nicht leisten. Über ein Drittel (35%) ist finanziell so eingeschränkt, dass sie auf Konsumgüter wie Auto oder Computer verzichten müssen und 17% der Armen leben in Substandardwohnungen.

Liegt das Einkommen über der Armutgefährdungsschwelle, sind die Teilhabechancen größer und auch die Reihenfolge der betroffenen Bereiche verschiebt sich. Zuallererst tritt mangelnde Teilhabe (35%) im Wohnumfeld auf. Allerdings ist ein knappes Drittel (31%) im primären Bereich der Lebensführung benach-

teilt. Ähnlich hoch ist der Anteil jener, die starke gesundheitliche Beeinträchtigungen berichten. Auffällig ist, dass bei deprivierten Personen mit einem Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle der Anteil von Wohnproblemen (10%) vergleichsweise gering ist.

Die Vergleichbarkeit und Beständigkeit solcher Indikatoren ist besonders im Ländervergleich schwierig und sie bedürfen angesichts wandelnder Lebenslagen permanenter Überprüfung. Eine europäisch konsensuelle Definition hat sich noch nicht etabliert, so dass das Einkommen noch immer als ein primärer Indikator zur Messung von Armut anzusehen ist.

Für die Erfassung von Armutslagen in Österreich ist eine Einbeziehung nicht-monetärer Indikatoren eine wichtige Ergänzung zur bestehenden einkommensorientierten Definition von Armutsgefährdung, wobei nicht nur Lebenslagen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle berücksichtigt werden sollten.

Resümee

Die vorliegende Analyse hat die Bedeutung der drei zentralen Sicherungsinstanzen unserer Gesellschaft, dem Arbeitsmarkt, der Familie und dem Sozialstaat in Zusammenhang mit dem Armutsrisiko zum Gegenstand. **Zusammenfassend kann gesagt werden:** Jene Personen, die aufgrund von Geschlecht, Herkunftsland, Ausbildung oder Behinderung am Arbeitsmarkt benachteiligt sind, tragen auch ein erhöhtes Armutsrisiko. Volle Integration in den Arbeitsmarkt kombiniert mit guter Bildung sind der beste Schutz vor Armut. Mehrere Erwerbstätige in einem Haushalt verstärken diese Absicherung. Tatsächlich ist in Bezug auf die Familienstruktur nachweisbar, dass jene Haushalte mit Frauen als Hauptverdienerinnen oder mit nicht erwerbstätigen Frauen stark überdurchschnittlich armutsgefährdet sind. Weiters zeigt sich, dass die Armutsgefährdung mit der Zahl der Kinder, insbesondere bis zum Schuleintritt des jüngsten Kindes deutlich zunimmt. Erwerbstätigkeit ist auch hier der beste Schutz vor Armutsgefährdung.

Sozialstaatliche Leistungen sind ein wichtiger Faktor zur Armutsvermeidung. Sie stellen allerdings nur bedingt eine Mindestsicherung für armutsgefährdete Haushalte dar. Es zeigt sich, dass soziale Transferleistungen bei armutsgefährdeten Bevölkerungsgruppen einen besonders hohen Anteil am verfügbarem Einkommen haben. Eine deutliche Minimierung des Risikos und der Intensität von Armut findet sich bei Haushalten mit Pflegegeld, aber auch bei Haushalten

mit Pension. Der derzeitige Ausgleichszulagenrichtsatz liegt zwar knapp unter der Armutsgefährdungsschwelle, dennoch ist eine dauerhafte Mindestsicherung gewährleistet. Bei Arbeitslosen hingegen, deren Einkommen überwiegend aus Sozialtransfers besteht, steigt mit zunehmender Dauer die Armutsgefährdung. Haushalte mit Langzeitarbeitslosen sind somit die am stärksten von Armutsgefährdung betroffene Gruppe.

Armutsbekämpfende Maßnahmen sollten daher nicht nur auf individuelle Einkommensdefizite fokussieren, sondern das **Augenmerk auf die betroffenen Gruppen und deren Rahmenbedingungen legen.** Strukturelle Maßnahmen, die Integration und Gleichberechtigung am Arbeitsmarkt schaffen, können nachhaltig armutsvermeidend wirken. Transferleistungen müssen dagegen als eher armutslindernd und in ihrer Mindestsicherungsfunktion betrachtet werden.

Niedriges Einkommen ist kein ausreichender Indikator zur Spezifizierung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Daher **bedarf es der Erweiterung des Einkommenskonzeptes durch nichtmonetäre Indikatoren.** Der vorliegende Bericht adaptiert hierfür Konzepte, die sich in der internationalen Berichterstattung bewährt haben, für die Verhältnisse in Österreich. EU-SILC ermöglicht vergleichbare Indikatoren zu sozialer Ausgrenzung in den EU-Mitgliedstaaten und damit ein umfassenderes Bild von Armutslagen. Konzepte und Datenquellen für die österreichische Berichterstattung sind kontinuierlich weiterzuentwickeln.

An dieser Stelle muss auf wesentliche **Lücken in der Armutsberichterstattung** hingewiesen werden. In EU-SILC werden nur Personen in Privathaushalten erfasst, damit sind wohnungslose Menschen und Menschen in Heimen und Anstalten nicht einbezogen. Haushalte mit Sozialhilfebezug und Ausländer/innen sind wegen ihrer relativ geringen Anzahl, aber auch besonderer Lebenslagen schwer erfassbar. Eine umfassende Beurteilung von Armut bedarf aber der Berücksichtigung gerade dieser Gruppen und der Beobachtung ihrer Entwicklung.

Armut in Österreich |

Literatur

Bauer, M./Wimmer, K. (2004). Lohnsteuerstatistik 2002: Sozialstatistische Auswertungen. In: Statistische Nachrichten 5/2004. Wien. 402-411.

Bauer, M./Lamei, N. (2003). Altersprofile der Einkommen von unselbständig Erwerbstätigen und Pensionisten. In: Statistische Nachrichten 5/2003. Wien. 365-374.

Europäische Kommission (2002). Europäische Sozialstatistik – Einkommen, Armut und soziale Ausgrenzung. Zweiter Bericht – Daten 1994 - 1997. Luxemburg.

Fink, M. (2003). Sozialstaat und atypische Beschäftigung. In: Rosenberger, S./Tálos E. (Hg.), Sozialstaat. Probleme, Herausforderungen, Perspektiven. Wien. 135-149.

Pratscher, K. (2004). Sozial(hilfe)leistungen der Bundesländer 2002. In: Statistische Nachrichten 8/2004. Wien. 762-769.

Redl, Johannes (2002). Armut und Deprivation in Österreich, Längsschnittbericht zu den Wellen 1-5 (1995-1999). ECHP Forschungsbericht. IFS -Wien

Sen, Amartya (2000). Social Exclusion: Concept, Application, and Scrutiny. Social Development Papers No.1. Asian Development Bank.

Statistical Annex to the Draft Joint Inclusion Report, SEC (2003) 1425.

Strukturindikatoren: <http://europa.eu.int/comm/eurostat/Public/datashop/print-product/DE?Catalogue=Eurostat&product=struct-DE&mode=download>

Till, M. (2001). Stichprobe und Gewichtung des Europäischen Haushaltspanels in Österreich. Diplomarbeit. Wien.